

Kapital Macht Politik

Die Zerstörung der Demokratie

von
Harald Trabold

1. Auflage

Tectum 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 8288 3330 2

A close-up photograph of a man in a dark blue suit jacket, white shirt, and dark tie. He is holding a rolled-up 100 Euro banknote in his right hand, tucked into his jacket. The background is plain white.

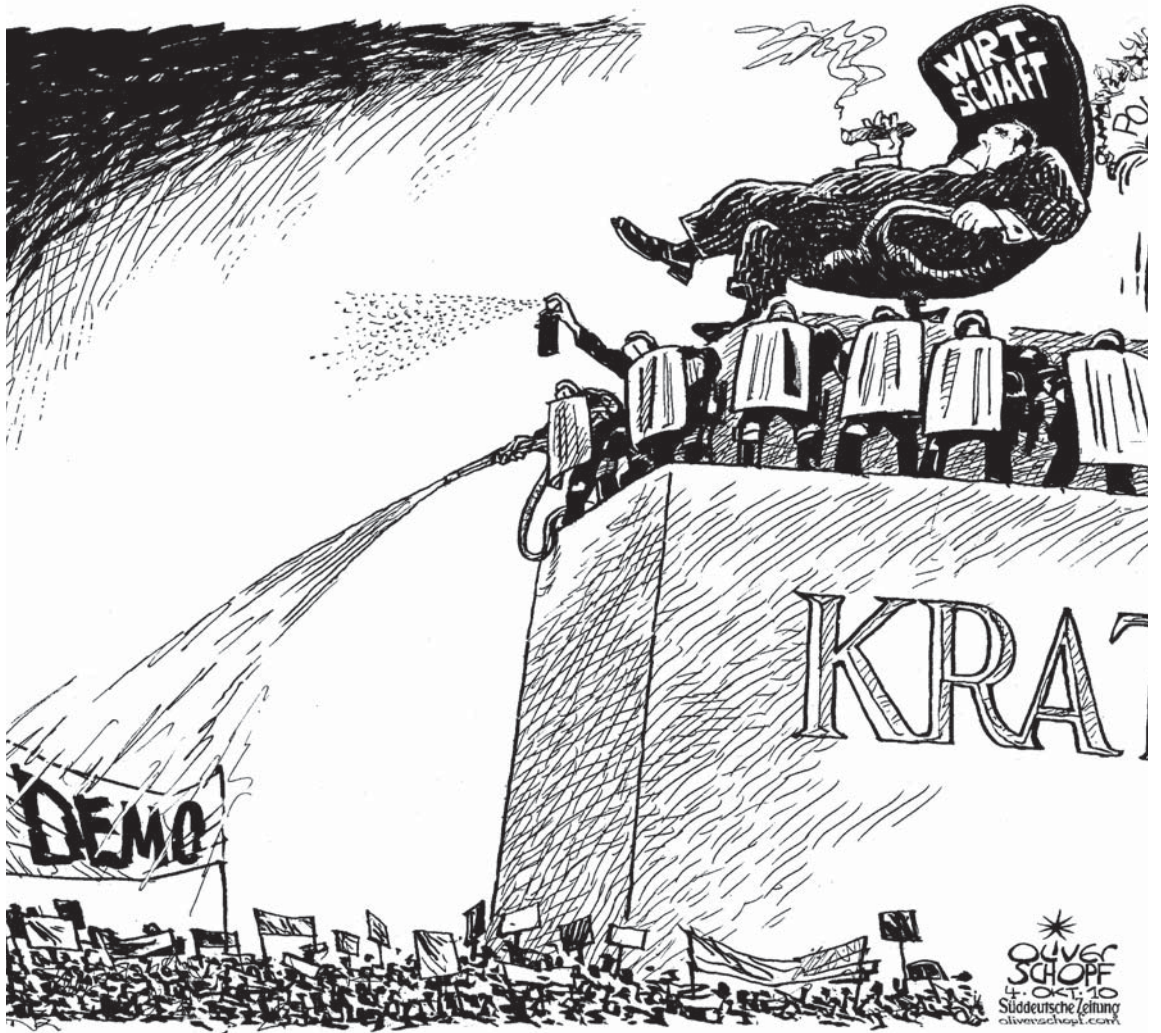
Harald Trabold

KAPITAL MACHT POLITIK

Die Zerstörung
der Demokratie

Harald Trabold

**Kapital
Macht
Politik**



OLIVER
SCHOPF
4. OKT. 10
Süddeutsche Zeitung
oliverschopf.com

Harald Trabold



Kapital Macht Politik

Die Zerstörung der Demokratie

TIE

Tectum Verlag

Harald Trabold
Kapital Macht Politik. Die Zerstörung der Demokratie
© Tectum Verlag Marburg, 2014
ISBN: 978-3-8288-3330-2

Umschlagabbildung: © Torbz | fotolia.com
Umschlaggestaltung: vogelsangdesign.de
Lektorat: Norman Rinkenberger | Tectum Verlag
Satz und Layout: Heike Amthor | Tectum Verlag
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm
Gedruckt in der Bundesrepublik Deutschland
Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de



Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Ebenso ist es bei Staatsangelegenheiten, denn wenn die Übel, die entstehen, vorausgesehen werden [...], dann sind sie rasch zu beheben; sind sie jedoch, weil nicht vorausgesehen, erst einmal so sehr gewachsen, dass ein jeder sie sieht, dann gibt es keine Heilung mehr.

Niccolò Machiavelli (Florentinischer Philosoph und Politiker, 1513)

INHALTSÜBERSICHT

Worum es geht	— 15
Das uneingelöste Versprechen	— 17
Teil I: Grundlegendes	— 23
1 – Demokratie	— 25
2 – Kapitalismus	— 46
3 – Aufstieg, Fall und Wiederkehr des Kapitalismus	— 69
4 – Das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie	— 84
5 – Macht	— 107
Teil II: Strategien der Machtübernahme	— 121
6 – Indikatoren ökonomischer Macht	— 123
7 – Instrumente zum Aufbau ökonomischer Macht	— 145
8 – Lobbying	— 213
9 – Propaganda	— 238
10 – Konditionierung	— 282
11 – Verhinderung von Bildung	— 305
12 – Die Zähmung der vierten Gewalt	— 340
13 – Flankierende Maßnahmen	— 361
Teil III: Vollendung der Entmachtung?	— 387
14 – Auf dem Weg in die Plutokratie?	— 389
15 – Wiederaufleben der Demokratie?	— 410
Ausblick	— 443

8 INHALTSÜBERSICHT

Danksagung — 447

Quellenverzeichnis — 449

Endnoten — 499

INHALTSVERZEICHNIS

Worum es geht — 15

Das uneingelöste Versprechen — 17

Teil I: Grundlegendes — 23

1 – Demokratie — 25

Die Grundidee jeder Demokratie — 25

Beschneidung der Rechte des Volkes — 26

Einschränkung des Wahlrechts — 26

Indirekte Machtausübung — 31

*Beschränkung der Reichweite demokratischer
Entscheidungen* — 34

Geführte Demokratie — 35

Postdemokratie — 38

Kritik real existierender Demokratien — 40

Fazit — 44

2 – Kapitalismus — 46

Der Kern des Kapitalismus — 46

Wer ist Kapitalist? — 48

Die Marktwirtschaft – das Wirtschaftssystem des Kapitalismus — 51

Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit und Lohnarbeit — 54

Unternehmen als Keimzelle des Kapitalismus — 55

Banken als Wachstumsbeschleuniger des Kapitalismus	— 58
Wettbewerb	— 60
Sinnggebung	— 63
Kapitalismus als Religion	— 66
Fazit	— 68
3 – Aufstieg, Fall und Wiederkehr des Kapitalismus	— 69
Schicksalsmacht Kapitalismus	— 70
Freiwillige Selbstbeschränkung	— 75
Das Ende der Bescheidenheit	— 77
Fazit	— 83
4 – Das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie	— 84
Kapitalismus und Demokratie: Der ideale Doppelpack?	— 84
Diktaturen als Partner des Kapitalismus	— 85
Kapitalismus als Voraussetzung für Demokratie?	— 88
Wer soll herrschen: das Volk, das Kapital oder beide zusammen?	— 90
Die Plutokratie als Idealpartner des Kapitalismus	— 93
Leistungsgesellschaft – die getarnte Plutokratie	— 96
Demokratisch legitimierte Plutokratien	— 99
Fazit	— 106
5 – Macht	— 107
Macht in der Ökonomik	— 107
Was ist Macht?	— 112
Wie Macht ausgeübt wird	— 115
Quellen der Macht	— 118
Fazit	— 120
Teil II: Strategien der Machtübernahme	— 121
6 – Indikatoren ökonomischer Macht	— 123
Die Gewinnquote	— 124
Implizite Steuerquoten von Arbeit und Kapital	— 129
Beitrag zum Steueraufkommen	— 130
Einkommensverteilung	— 131
Vermögenskonzentration	— 138
Fazit	— 144

- 7 – Instrumente zum Aufbau ökonomischer Macht — 145
 - Konsum, Konsum! — 145
 - Produktdifferenzierung und Produktinnovation — 152
 - Inwertsetzung der Natur — 154
 - Kommerzialisierung der Familienarbeit — 157
 - Privatisierung — 159
 - Public Private Partnerships — 162
 - Private Altersvorsorge — 165
 - Fonds — 171
 - Lohnsenkungen — 173
 - Schwächung der Gewerkschaften — 176
 - Orientierung am Shareholder Value — 178
 - Steuervermeidung — 180
 - Steuerhinterziehung — 183
 - Korruption und Gesetzesverstöße — 189
 - Kartellbildung — 192
 - Gezielte Fehlinformationen — 194
 - Überwälzung von Kosten auf die Gesellschaft — 197
 - Kapitalistischer Teufelskreis — 201
 - Der Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus — 203
 - Fazit — 211
- 8 – Lobbying — 213
 - Merkmale des klassischen Lobbyings — 215
 - Lobbyismus 2.0 — 217
 - Ausmaß der Lobbyarbeit — 221
 - Ursachen des Lobbyings — 222
 - Braucht eine Demokratie Lobbying? — 226
 - Wie Lobbying die Demokratie schwächt und den Bürgern schadet — 228
 - Lobbying – das Kapital ist klar im Vorteil — 234
 - Fazit — 237
- 9 – Propaganda — 238
 - Herausforderungen für die moderne Propaganda — 239
 - Standardtechniken der Propaganda — 242
 - Umdeutung von Begriffen durch die Propaganda — 244

Der Kapitalismus und die neoliberale Ideologie	— 248
Der Streit um die Deutungshoheit im neoliberalen Lager	— 250
Die Propagandastrategie der Neoliberalen	— 254
Die Organisation der neoliberalen Propaganda	— 256
Die Botschaften der kapitalistischen Propaganda	— 264
<i>Freie Märkte sind gerecht</i>	— 265
<i>Freie Märkte sind effizient</i>	— 267
<i>Menschen streben vor allem nach hohem Wohlstand</i>	— 272
<i>Was gut ist für Unternehmen, ist auch gut für unser Land</i>	— 274
Totalitarismus des Marktes und Machtblindheit als Auswirkungen der Propaganda	— 278
Fazit	— 280
10 – Konditionierung	— 282
Warum auch der Kapitalismus konditioniert	— 282
Grundlagen der Konditionierung	— 285
Inhalte der Konditionierung	— 288
<i>Sparen, konsumieren und investieren</i>	— 288
<i>Gewinnen und verlieren</i>	— 289
<i>Konkurrenz und Kooperation</i>	— 290
<i>Autoritäten akzeptieren</i>	— 294
Wirtschaftslehre im Schulunterricht	— 297
Sicherung der Gefolgschaft	— 301
Fazit	— 304
11 – Verhinderung von Bildung	— 305
Bildung und Wissen	— 305
Unterschiede zwischen Wissen und Bildung	— 308
Warum der Kapitalismus Bildung verhindert und Wissen fördert	— 311
Schule und Kindergarten als Vorstufe des Arbeitsmarktes	— 314
Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge	— 318
Steigende Bedeutung von Praktika für den Arbeitsmarkt	— 323
Neue Formen der Promotion und der Habilitation	— 324
Akademischer Kapitalismus	— 326
Evaluationen	— 331
Rankings	— 335
Fazit	— 338

- 12 – Die Zähmung der vierten Gewalt — 340
 - Die Herstellung von Konsens — 341
 - Gestiegene Renditeerwartungen gegenüber Qualitätsmedien — 346
 - Der Einfluss der Anzeigenkunden — 347
 - Die Public-Relations-Abteilungen der Konzerne — 352
 - Das Kapital als Eigentümer von Medien — 353
 - Rechtspersönlichkeit von Unternehmen — 357
 - Medien als Wächter der Plutokratie — 358
 - Fazit — 359
- 13 – Flankierende Maßnahmen — 361
 - Zeitdiebstahl — 361
 - Unterhaltung — 367
 - Angst verbreiten — 371
 - Maßstäbe setzen — 375
 - Zweifel zerstreuen — 380
 - Fremde Federn — 381
 - Fazit — 385
- Teil III: Vollendung der Entmachtung?** — 387
- 14 – Auf dem Weg in die Plutokratie? — 389
 - Privatisierung von Politikfeldern
als Vollendung der Plutokratie — 389
 - Ratingagenturen — 390
 - Regulatory capture — 395
 - Politik durch operative Stiftungen — 399
 - Private internationale Schiedsgerichte — 403
 - Soziale Verantwortung von Unternehmen — 406
 - Fazit — 408
- 15 – Wiederaufleben der Demokratie? — 410
 - Änderungen am politischen System — 413
 - Direkte Demokratie stärken* — 413
 - Lobbyismus eindämmen* — 416
 - Nebentätigkeiten von Abgeordneten verbieten, Diäten erhöhen* — 417
 - Parteienfinanzierung neu ordnen* — 418
 - Privatisierung der Politik stoppen* — 419

Begrenzung der ökonomischen Macht des Kapitals —	420
<i>Kapital machtreduzierend besteuern</i> —	420
<i>Wettbewerbspolitik ordoliberal ausrichten</i> —	422
<i>Privatisierung stoppen, Inwertsetzung staatlich kontrollieren</i> —	424
<i>Gesetzesverstöße härter ahnden</i> —	425
<i>Der Meinungsmache widerstehen</i> —	426
<i>Maßnahmen international koordinieren</i> —	427
Stärkung der ökonomischen Macht der Mittelschicht und der Marginalisierten —	428
<i>Mindestlohn bezahlen</i> —	428
<i>Grundeinkommen gewähren</i> —	429
<i>Spitzeneinkommen höher besteuern, Mittelschicht entlasten</i> —	431
Aufklärung und Bildung —	431
<i>Kritische Berichterstattung stärken</i> —	432
<i>Freiräume für Bildung schaffen</i> —	434
Besser leben und wirtschaften —	436
<i>Sinngebung jenseits des Materiellen</i> —	436
<i>Werbung einschränken</i> —	437
<i>Verkürzung der Arbeitszeit</i> —	438
<i>Wohlstand anders messen</i> —	440
Ausblick —	443
Danksagung —	447
Quellenverzeichnis —	449
Endnoten —	499

WORUM ES GEHT

Wer das Erstarken des Kapitalismus und speziell der Finanzbranche verstehen will, wer wissen möchte, warum die westlichen Demokratien eine systemrelevante Großbank nach der anderen mit bislang unvorstellbaren Summen gerettet haben, der muss die Machtfrage stellen. Denn was wir seit Anfang der 1980er Jahre erleben, ist nichts anderes als ein Kampf zwischen Kapitalismus und Demokratie um die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft, der mit Ausbruch der Finanzkrise 2008 und der darauf folgenden Staatsschuldenkrise erheblich an Schärfe gewonnen hat.

Der Ausgang dieses Ringens ist entscheidend für uns Bürger. Siegt der Kapitalismus, dann wird es vorbei sein mit Recht und Freiheit. Wenn wir Glück haben, werden wir in einer Gesellschaft leben ähnlich der, die Aldous Huxley in seinem Roman »Schöne neue Welt« schon in den 1930er Jahren beschrieben hat: Glück deshalb, weil wir als konditionierte Mitläufer keine materiellen Sorgen mehr kennen, mit unserem Platz in der Gesellschaft zufrieden sind und gar nicht auf den Gedanken kommen, dass es außer Konsum, Sex und Glücksdrogen noch etwas anderes geben könnte. Haben wir Pech, dann landen wir entweder in George Orwells »1984« – mit dem Kapital als großem Bruder – oder wir werden Arbeitssklaven sein, die von einer reichen Oberschicht ausgebeutet am Rande des Existenzminimums so dahinvegetieren wie die Bewohner der 13 unterdrückten Distrikte in »Die Tribute von Panem« von Suzanne Collins. Mehr als 200 Jahre

Aufklärung, die uns große individuelle Freiheiten, Menschenrechte und Demokratie gebracht haben, wären nur noch eine abgeschlossene Episode der Menschheit auf dem dann vergeblichen Weg, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Aber wollen wir es wirklich so weit kommen lassen, dass der Kapitalismus die Macht übernimmt? Wollen wir es von unserem Glück oder Pech abhängig machen, ob wir in einer schönen, neuen Welt oder unter der Schreckensherrschaft einer reichen Oberschicht leben werden? Wenn nicht, müssen wir uns zunächst einmal klar darüber werden, warum und mit welchen Mitteln dieser Machtkampf geführt wird. Erst dann können wir uns überlegen, was wir gegen einen immer weiter erstarkenden Kapitalismus tun wollen.

DAS UNEINGELÖSTE VERSPRECHEN

Am 2. Januar 2009 veröffentlichte die *Berliner Zeitung* die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Forsa* zur Demokratie. Danach waren 95% der Befragten mit der *Idee* der Demokratie zufrieden, aber nur 40% mit der konkreten Umsetzung.¹ Einer Umfrage des Magazins *Stern* vom Juli 2012 zufolge meinten zwei Drittel der Befragten, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages würden ihre Arbeit weder engagiert noch sachgerecht verrichten.²

Woher stammt dieser große Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit? Woran liegt es, dass in fast allen westlichen Demokratien die Stimmungslage der Bevölkerung ähnlich zu der in Deutschland ist, und das schon seit Jahrzehnten?

Ursächlich verantwortlich sind vor allem drei Faktoren. Zum einen sind es die nicht gewürdigten Errungenschaften der Demokratie.³ Den meisten Bürgern in den westlichen Demokratien ist zu wenig bewusst, dass sie in einem bislang nie dagewesenen Rechtsstaat leben. Dieser garantiert jedem ganz elementar das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und körperliche Unversehrtheit. Hinzu kommen Meinungsfreiheit, Schutz vor willkürlichen Übergriffen seitens der Obrigkeit, freie Wohnort- und Berufswahl, Religionsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft und Kunst sowie das Wahlrecht. Diese Rechte und Freiheiten genießen die Menschen in Westdeutschland seit 1949, in Ostdeutschland seit 1990.

Der zweite Grund sind Missverständnisse in Bezug auf die Möglichkeiten und Aufgaben einer Demokratie.⁴ Ein demokratischer Prozess dient nicht notwendigerweise der Entdeckung von Wahrheiten oder der Durchsetzung von Vernunft, sondern ist ein Verfahren um herauszufinden, was die Mehrheit für wahr oder vernünftig *hält*. Eine Demokratie verspricht weder Glück noch Wohlstand, sondern nur, dass jeder auf seine Art glücklich und durch Talent und Anstrengung wohlhabend werden *kann*. Eine Demokratie löst Probleme nicht besser als Diktaturen oder Monarchien – sie garantiert aber, dass jeder seine Meinung kundtun und prinzipiell an der Lösung der Probleme mitarbeiten kann. Dabei kann nicht jeder seinen Willen bekommen, was vermutlich eines der größten Akzeptanzprobleme von realen Demokratien ist. Der kleine Diktator in uns glaubt, dass seine Ansichten und Problemlösungen die besten sind. Aber in modernen Demokratien zählen alle Stimmen gleich viel und häufig setzen sich die eigenen Vorstellungen nicht mehrheitlich durch. Viele Bürger fühlen sich und ihre Meinung abgelehnt, was sie verdrossen macht gegenüber der Demokratie. Nur haben diese Menschen deren Sinn nicht richtig verstanden. Schließlich ist die Demokratie idealerweise nicht Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen, sondern zur Erkundung und Realisierung des Willens der Mehrheit, wobei die unterlegenen Minderheiten durch ihre verfassungsmäßigen Rechte gegen willkürliche Benachteiligungen durch die Mehrheit geschützt werden.

Der dritte Grund für die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit ist das bislang uneingelöste Versprechen der Demokratie, die »unsichtbare Macht« abzuschaffen.⁵ Denn in den westlichen Demokratien gibt es starke Interessengruppen, die ihren Willen durchsetzen. Dazu zählen die Bürokratie, die Religionen und in den letzten Jahrzehnten vermehrt Großkonzerne und Banken. Deren Wirken führt zu einer Missachtung der Wünsche und Anliegen von Bürgern durch die Politik. Das Volk ist unzufrieden mit Regierungen und Parlamenten, weil diese zu sehr auf die Bedürfnisse von einigen wenigen, gut organisierten Interessengruppen eingehen.⁶ In den USA glauben seit Mitte der 1970er Jahre im Durchschnitt rund 65% der Bevölkerung, dass die Regierung sich hauptsächlich um deren Anliegen kümmert und nicht um die Mehrheit der Menschen.⁷ In Deutschland sind 75% der Wähler der Meinung, die Lobbyisten hätten zu viel Einfluss.⁸

Die ersten beiden Ursachen der Unzufriedenheit mit der Demokratie – ihre nicht gewürdigten Errungenschaften und Missverständnisse hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und Aufgaben – sind eigentlich unproblematisch, denn sie ließen sich relativ leicht durch mehr politische Bildung und Aufklärung beseitigen. Die »unsichtbaren Mächte« sind nicht so leicht zu bändigen, insbesondere nicht die Großkonzerne und Banken. Wie ich nachfolgend noch zeigen werde, ist deren Gewinnstreben direkt verantwortlich für die schleichende Aushöhlung der Demokratie, die zu der erwähnten Unzufriedenheit der Bürger und zu Politikverdrossenheit geführt hat.

»Der Kapitalismus entmachtet die Demokratie«, lautet folglich die Kernthese dieses Buches, die es im Folgenden zu belegen gilt. Um Missverständnissen vorzubeugen und klar darzulegen, wie ich bei der Untermauerung meiner These vorgehe, skizziere ich im Folgenden die wichtigsten Prämissen und Eckpfeiler meiner Argumentation:

- Die Machtübernahme des Kapitalismus darf man sich nicht als Putsch oder Revolution vorstellen, in deren Verlauf die demokratischen Institutionen abgeschafft und durch eine Diktatur des Kapitals ersetzt werden. Vielmehr wird die Macht der Demokratie in vielen, kleinen Schritten beschnitten. Dabei legt der Kapitalismus bei Auswahl und Einsatz seiner Mittel ein erstaunliches Geschick an den Tag, das eigentlich bewundernswert wäre, diene es nicht einem so fragwürdigen Zweck. Auch ist die Entmachtung der Demokratie nicht das offizielle Ziel des Kapitalismus, wenn auch vereinzelt Stimmen zu vernehmen sind, die für eine Beschränkung der Volksmacht plädieren. Die Entmachtung der Demokratie ergibt sich als Nebenziel der Gewinnorientierung. Sie erfolgt weitgehend indirekt, langsam und beinahe geräuschlos. Sie wurde daher bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2008 in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.
- Ziel des Kapitalismus und treibende Kraft der Entmachtung ist das Geldverdienen um des Geldverdienens willen. Die Unterordnung unter dieses Leitmotiv führt zu einem gleichgerichteten Verhalten aller vom Geist des Kapitalismus beseelten Institutionen. Um möglichst schnell möglichst viel Geld verdienen zu können, versuchen die Kapitalbesitzer, die dafür besten Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu bedarf es keiner zentralen Steuerung oder gar einer Verschwörung.⁹ Der diskrete Charme dieses Prozesses der

Entmachtung liegt gerade darin, dass er sich *nicht* auf dunklen Wegen durch geheim operierende Mächte vollzieht. Die Vertreter des Kapitalismus erklären ganz offen, dass es ihnen ums Geldverdienen geht. Sie verheimlichen nur die logische Konsequenz ihres Gewinnstrebens – die Entmachtung der Demokratie. Alles andere wird öffentlich diskutiert und kommuniziert, sowohl das Gewinnmotiv als auch Strategie und Taktik zur Erzielung von Profiten. Gegen eine Verschwörung spricht auch, dass die Gruppe der Eingeweihten viel zu groß wäre, als dass die Pläne auf längere Frist geheim gehalten werden könnten.

- Der Kapitalismus ist nicht die einzige Kraft, die auf die Entmachtung des Volkes hinwirkt. Da ist zum einen die Bürokratie, die dazu neigt, ohne ausreichende Rücksprache mit dem Souverän mehr und mehr Bereiche des öffentlichen Lebens zu regeln. Zum anderen sind es die Politiker, die sich vom Volk nur bedingt in die Ausübung ihrer Ämter hineinreden lassen wollen. Da beide ihre Macht ausdehnen wollen, versuchen sie, den Einflussbereich des Kapitalismus zurückzudrängen. Erfolgreich sind sie damit hauptsächlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, vor allem, wenn diese ihren Ausgangspunkt im kapitalistischen System zu haben scheinen. In solchen Phasen wird der Kapitalismus schwächer, manchmal sogar im Verhältnis zur Demokratie. Solche Phasen sind aber historisch gesehen bislang zumeist relativ kurz gewesen und dem Kapitalismus gelingt es in den ruhigeren Zeiten immer wieder, seinen Einflussbereich auszuweiten.
- Aber nicht nur in Krisenzeiten erleidet der Kapitalismus vereinzelt Rückschläge auf dem Weg zur Macht. Eine kleine Gruppe unbeugsamer Demokraten hört nicht auf, ihm Widerstand zu leisten. Denn Teile der Öffentlichkeit nehmen aus ökologischen, sozialen, kulturellen, religiösen oder politischen Gründen zuweilen eine extrem kritische Position gegenüber dem Kapitalismus ein. Hin und wieder gelingt es dieser Gruppe, das Volk zu überzeugen, Regierungen zu wählen, die den Kapitalismus wenigstens zeitweise in seine Schranken weisen und die den Primat der Politik vor der Wirtschaft durchzusetzen versuchen. Auch verzeichnen die unbeugsamen Demokraten so manchen Erfolg bei der Einführung von Elementen der direkten Demokratie, z. B. Volksentscheiden. Diese stärken die Demokratie deshalb, weil das Votum des Souveräns im Nachhinein

nicht mehr so einfach verwässert werden kann. Der Kapitalismus hat jedoch ein ausgefeiltes Arsenal an Mitteln entwickelt, um den Volkswillen zu beeinflussen. Durch die Globalisierung und die damit verbundene Kapitalmobilität hält er zusätzlich noch ein äußerst wirkungsvolles Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen und zur Zähmung widerspenstiger Regierungen in der Hand. Insofern waren die Anstrengungen der unbeugsamen Demokraten in den letzten Jahrzehnten kaum von Erfolgen gekrönt.

- ▶ Der Kapitalismus profitiert von den technologischen und kulturellen Entwicklungen in modernen Gesellschaften. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Zum einen erhöht die steigende Komplexität technischer und sozialer Systeme den Aufwand, sich sachkundig zu machen. Ein fundiertes Urteil können sich die meisten Bürger, auch aus zeitlichen Gründen, nur über wenige Sachthemen bilden. Als Folge erscheinen viele dieser komplexen Themen nur unzureichend in der öffentlichen Diskussion, der Grundlage jeder demokratischen Entscheidung. Schlimmer noch: Finanzkräftige Interessengruppen, die unter dem Deckmantel neutraler Stiftungen oder gemeinnütziger Vereine agieren, können die öffentliche Meinung bei komplexen Themen relativ leicht in ihrem Sinne beeinflussen. Zweitens erleichtert die abnehmende Bindung an die christlichen Religionen es dem Kapitalismus, seine eher egoistischen, auf das Diesseits bezogenen und materialistischen Werte gegen die eher altruistischen, auf das Jenseits bezogenen und spirituellen Werte der christlichen Religionen durchzusetzen. Damit stärkt der Kapitalismus seine Machtposition, weil eine starke gesellschaftliche Gegenkraft geschwächt wird.

Diese einleitenden Aussagen deuten darauf hin, dass die Entmachtung der Demokratie durch den Kapitalismus ein äußerst komplexer und nicht unmittelbar einsichtiger Prozess ist. Er vollzieht sich weder direkt noch automatisch noch ohne Gegenkräfte. Die Entmachtung erfolgt relativ langsam, gleichsam evolutionär, und mit Hilfe einer Vielzahl von Faktoren, die für sich allein genommen der Demokratie nicht bedrohlich werden könnten. Erst im Verbund miteinander entfalten sie die Schlagkraft, die es dem Kapitalismus ermöglicht, die Demokratie für seine Zwecke mehr und mehr zu instrumentalisieren.

Die vorliegende Analyse liefert aber auch die Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen, falls wir sie denn ergreifen wollen. Denn aus der

Tatsache, dass der Kapitalismus zur dominierenden Kraft wird, folgt noch lange nicht, dass die Gesellschaft etwas dagegen unternehmen sollte. Vielleicht führt er uns ja in Huxleys »Schöne neue Welt«, in der die Menschen losgelöst von Sorgen um ihre materielle Existenz und befreit von der demokratischen Pflicht, sich eine eigene Meinung bilden zu müssen, ungestört ihren hedonistischen Neigungen nachgehen können. Der letzte Teil dieses Buches beschäftigt sich daher auch mit der Frage, wie es weitergehen könnte. Zerstört sich der Kapitalismus selbst, wie viele seiner Kritiker hoffen, oder wird er immer stärker und vollendet die Entmachtung? Sollte man den Kapitalismus abschaffen, was angesichts des enormen materiellen Wohlstandes, zu dessen Anhäufung er beigetragen hat, nicht ganz logisch erscheint? Falls man jedoch die unbestreitbaren Vorteile des Kapitalismus erhalten, aber seine unübersehbaren Nachteile vermeiden will, muss der Kapitalismus »zivilisiert« werden, wie Marion Gräfin Dönhoff, die langjährige Herausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, es wiederholt gefordert hat.¹⁰ Was dazu notwendig wäre, wird im letzten Kapitel des Buches thematisiert.

TEIL I: GRUNDLEGENDES

Ziel dieses Buches ist es zu zeigen, *warum* der Kapitalismus zu seiner vollen Entfaltung die Demokratie zu entmachten versucht und *wie* er dabei vorgeht. Um die These der Entmachtung solide untermauern zu können, ist es zunächst notwendig, genau zu spezifizieren, was das Wesen einer Demokratie ist. Denn wenn man eine Gesellschaft bereits dann als demokratisch bezeichnet, wenn in ihr in regelmäßigen Abständen halbwegs freie Wahlen stattfinden, dann wäre eine Entmachtung gleichbedeutend mit der Abschaffung von Wahlen, was derzeit aber nicht zur Debatte steht. Eine Demokratie ist aber durch wesentlich mehr gekennzeichnet als nur durch den Gang zur Wahlurne alle vier oder fünf Jahre. Dies herauszuarbeiten, ist Aufgabe von Kapitel 1.

Da meine These den Kapitalismus als treibende Kraft der Entmachtung postuliert, ist es ebenfalls unumgänglich, sich ausführlicher mit ihm zu beschäftigen. Dies gilt sowohl aus analytischer als auch aus historischer Sichtweise. Die analytische Perspektive (Kapitel 2) liefert die notwendige begriffliche Klarheit, denn vieles, was in der öffentlichen Diskussion als kapitalistisch bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit etwas anderes. Dies gilt vor allem für den Begriff »Marktwirtschaft«, der oftmals als Synonym für »Kapitalismus« benutzt wird. Anschließend zeichnet die historische Perspektive (Kapitel 3) den kometenhaften Aufstieg des Kapitalismus nach und belegt, dass er sich trotz heftiger Rückschläge bislang immer weiter ausbreiten konnte.

Kapitel 4 befasst sich mit dem Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus und zeigt, dass der Wunschpartner des Kapitalismus im politischen Bereich keineswegs die Demokratie, sondern eine Plutokratie (Herrschaft der Reichen) ist, die vom Volk durch Wahlen formal legitimiert wird. Anschließend erörtere ich in Kapitel 5, welche Machtmittel der Kapitalismus einsetzt und wie der Prozess der Entmachtung prinzipiell verläuft.

1 – DEMOKRATIE

Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzt.

Colin Crouch (Britischer Politikwissenschaftler, 2008)

Der Begriff »Demokratie« wird aus den griechischen Wörtern »demos« für Volk und »kratein« für herrschen bzw. »kratia« für Herrschaft gebildet. Er bezeichnet eine Herrschaftsform, in der die Macht beim Volk liegt. Damit unterscheidet sich die Demokratie an einer ganz zentralen Stelle von anderen Herrschaftsformen, bei denen nicht das Volk, sondern andere Gruppen oder Personen das Sagen haben. In einer Aristokratie herrscht die Schicht der Adeligen, in einer Plutokratie herrschen die Reichen und in einer Monarchie eine einzelne Person, der Monarch.

DIE GRUNDIDEE JEDER DEMOKRATIE

Die *Grundidee* jeder Demokratie lässt sich einfach beschreiben. In den Worten Abraham Lincolns ist sie »die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk«. ¹¹ Dass 95% der Deutschen nach der eingangs zitierten *Forsa*-Umfrage mit der Idee der Demokratie zufrieden sind, ist daher leicht nachvollziehbar. Denn welcher Bürger könnte etwas dagegen haben, selbst über sein eigenes Wohl und Weh mitzuentcheiden? Bei der *Umsetzung* der Idee in der Realität wird es komplizierter, was schon daran zu erkennen ist, dass die Politikwissenschaft Dutzende von Demokratieformen unterscheidet. ¹² Allen gemeinsam ist jedoch, dass sie die Definition von Abraham Lincoln als Kern jeder Demokratie anerkennen. ¹³

Doch eine Regierung durch das Volk und für das Volk war in den Anfängen der modernen Demokratien der Machtposition des Adels, des Klerus und der Landbesitzer gefährlich. Diese verteidigten ihre Stellung in der Machthierarchie aufs Schärfste, indem sie die Rechte des Volkes beschnitten. Zugute kam ihnen dabei die alte Debatte, wie man Leib, Leben und Eigentum von Menschen vor Übergriffen ihrer Mitbürger oder des Staates schützt. Freiheitliche Demokratien waren

daher immer bestrebt, ihren Bürgern unveräußerliche Rechte zu geben. Denn keinesfalls sollte es zu einer Tyrannei der Mehrheit kommen können. Um dies zu verhindern, haben moderne Demokratien Verfassungen etabliert, die ihren Bürgern elementare Menschen- und Bürgerrechte garantieren.

Welche Rechte die Verfassung eines Staates dessen Bürgern gewähren soll, ist bis heute umstritten, insbesondere was das Recht auf Eigentum anbelangt. Seit den Anfängen der modernen Demokratien zieht sich dieser Streit durch die Debatten um die Verfassung. Groß war zu aller Zeit die Angst der Besitzenden, die Mehrheit der Habenichtse könnte sie enteignen, entweder vollständig oder teilweise durch Besteuerung ihres Vermögens. Bis heute versuchen die Reichen, Demokratien so zu steuern, dass dieses Risiko für sie vermieden wird.¹⁴ Dabei waren sie ausgesprochen erfolgreich, denn in der Regel garantiert ihnen die Verfassung (und deren Auslegung) Schutz vor Enteignung und übermäßiger Besteuerung.

BESCHNEIDUNG DER RECHTE DES VOLKES

Da es mit entsprechend großen Mehrheiten in den meisten Ländern möglich ist, die Verfassung zu ändern, gestalteten die Wohlhabenden und Mächtigen von Anfang an die Spielregeln so, dass von der Demokratie möglichst keine Gefahr für sie ausging. Dazu bauten sie in den Anfängen der Demokratiebewegung im Wesentlichen auf drei Schutzmechanismen, auf die im Folgenden noch näher eingegangen wird:

- Einschränkung des Wahlrechts
- Indirekte Machtausübung
- Beschränkung der Reichweite demokratischer Entscheidungen.

EINSCHRÄNKUNG DES WAHLRECHTS

Als die ersten modernen Demokratien entstanden, setzten die Reichen und Mächtigen zur Absicherung ihrer Position auf Beschränkungen des Wahlrechts. In den USA waren nach der Unabhängigkeit von 1776 nur erwachsenen Männer wahlberechtigt, die frei (also keine Sklaven) waren, das Land mit Waffen verteidigen konnten, Grund und Boden besaßen und einen Mindestbetrag an Steuern zahlten. Damit war in

der ersten Demokratie der Neuzeit nur eine kleine Minderheit der Einwohner wahlberechtigt. Ähnliche Einschränkungen beim Wahlrecht gab es auch in Frankreich nach der Revolution von 1789.¹⁵

Zwar variierten je nach Land und Zeitabschnitt die Kriterien leicht, nach denen das Wahlrecht vergeben wurde. Tatsache aber bleibt, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes nicht abstimmen durfte. So waren 1870 in Italien, Belgien und den Niederlanden weniger als 3% der Bevölkerung wahlberechtigt, in Schweden, Österreich, Norwegen, Großbritannien und Portugal zwischen 5 und 9%. Bis 1910 stieg der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung zwar leicht an, er lag jedoch in den meisten Ländern Europas nur zwischen 12 und 23%.¹⁶

Die Beschränkung der Mitsprache auf die Wohlhabenden war beabsichtigt und wurde unter anderem damit begründet, dass diese nur so vor einer Enteignung oder hohen Besteuerung durch die große Mehrheit der Besitzlosen bewahrt werden können. Dieses Argument lässt sich bis in die Antike verfolgen. Bereits Aristoteles meinte vor über 2000 Jahren, dass die Reichen in einer Volksherrschaft gegen unnötige Verluste ihres Vermögens geschützt werden müssten.¹⁷ James Madison, der in den USA auch als »Vater der Verfassung« bezeichnet wird, bezog Ende des 18. Jahrhunderts eine ähnliche Position.¹⁸ Ein Stimmrecht für alle Männer würde die privilegierte Position der Grundbesitzer gefährden und sei daher abzulehnen. Aufgabe der Regierung sei es, »die Minderheit der Wohlhabenden gegen die Mehrheit zu schützen.«¹⁹ Seine Mitstreiter John Jay, von 1789 bis 1795 der erste oberste Richter der USA, und Alexander Hamilton, unter Präsident Washington der erste Finanzminister der USA, plädierten ebenfalls für den Schutz des Eigentums und eine Einschränkung des Wahlrechts.

Dem Dreiklassenwahlrecht, das u. a. von 1849 bis 1918 in Preußen zur Anwendung kam, lag eine ähnliche Logik zugrunde. Die Männer wurden entsprechend ihrer Steuerzahlungen so in drei Klassen eingeteilt, dass auf jede Klasse in etwa ein Drittel des Steueraufkommens entfiel. Da diejenigen, die viel Steuern zahlten, zusammen der ersten Klasse zugeordnet wurden, umfasste die erste Klasse relativ wenige Wähler. Sie bestimmte aber genauso wie die zahlenmäßig größeren Klassen II und III ein Drittel der Wahlmänner, die ihrerseits wiederum die Volksvertreter wählten. 1908 gehörten in Preußen 3,8% der Wahlberechtigten der ersten Klasse, 13,8% der zweiten Klasse, aber rund

82% der dritten Klasse an.²⁰ Damit hatten die Stimmen der reichen Bürger ein viel höheres Gewicht als die der übrigen. Zu einer geradezu grotesken Situation führte dieses Dreiklassenwahlrecht 1908 in Essen. Dort bestand die erste Klasse nur aus einer Person, dem Industrieführer Krupp, der damit ein Drittel aller Wahlmänner bestimmen durfte, die in offener Wahl und damit für jedermann nachprüfbar die Stadtverordneten wählten.²¹

Von einer gleichen Wahl im heutigen Sinne, bei der jede Bürgerin und jeder Bürger eines Landes gleichen Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung hat, konnte daher in kaum einem Land bis Anfang des 20. Jahrhunderts gesprochen werden. Diese Ungleichbehandlung ließ sich aber immer weniger rechtfertigen. Wenn alle Menschen gleich sind vor Gott, so wie es die christlichen Religionen verkünden, und wenn »alle Menschen gleich geschaffen sind«, wie es im zweiten Satz der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 heißt, dann sollten sie auch vor dem Gesetz gleich sein. Jeder sollte das gleiche Stimmrecht haben.²² In harten Auseinandersetzungen mit der Obrigkeit erstritten sich die Menschen in der westlichen Welt das Wahlrecht,²³ das auch die Frauen mit einbezog, die aber noch bis weit ins 20. Jahrhundert nicht an die Wahlurnen durften. In Deutschland und Österreich erhielten sie das Stimmrecht nach Kriegsende im November 1918, in den USA 1920, in Frankreich 1944 und in Belgien und Italien 1946. Die Schweizerinnen mussten bis zum Jahr 1971 warten, bis sie auf Bundesebene wählen durften. Heutzutage haben bei Wahlen zu den nationalen Parlamenten im Westen in der Regel alle Bürger ein aktives Wahlrecht, die mindestens 18 Jahre alt sind und die die Staatsangehörigkeit des Inlands besitzen. Damit darf zu Beginn des 21. Jahrhunderts der überwiegende Teil der erwachsenen Bevölkerung an die Wahlurnen.

Neben der Beschränkung des Stimmrechts auf die kleine Gruppe der Wohlhabenden wurde durch die öffentliche Stimmabgabe ein zweiter Schutzwall gegen unliebsame Wahlergebnisse errichtet. Die wenigen Wahlberechtigten mussten sich für jedermann sichtbar entscheiden. Damit war nicht nur eine soziale Kontrolle der Wähler gewährleistet, die öffentliche Wahl öffnete auch dem Stimmenkauf, der zumeist nicht verboten war, Tür und Tor. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war die öffentliche Stimmabgabe durchaus üblich und in der Debatte um ihre Abschaffung hatte sie prominente Befürworter. Letztendlich gingen die meisten Demokratien aber zur geheimen Wahl über, so

z. B. Großbritannien 1872, die Niederlande 1887, Österreich 1907 und Frankreich 1913.²⁴

Die Entwicklung hin zu einer geheimen und allgemeinen Wahl stellt wohl den größten Rückschlag für die Reichen bei der Zähmung der Demokratie dar. Denn zum einen ist der Stimmenkauf verboten, der bei geheimen Abstimmungen darüber hinaus auch gar nicht sinnvoll ist, weil niemand kontrollieren kann, ob der gekaufte Wähler auch so abstimmt wie gewünscht. Zum anderen sind die Reichen klar in der Minderheit und können bei Wahlen überstimmt werden. Und so ist es nicht verwunderlich, dass vereinzelt die Wiedereinführung von Wahlrechtsbeschränkungen gefordert wird. Dem heutigen Leistungsgedanken entsprechend wird die Sorge geäußert, eine Mehrheit von Unproduktiven könne die Minderheit von Leistungserbringern um die Früchte ihres Erfolges bringen. In seinem Buch »Die Verfassung der Freiheit« schreibt Friedrich August von Hayek, Gallionsfigur des neoliberalen Denkens: »Man kann kaum sagen, daß es die Gleichheit vor dem Gesetz fordert, daß alle Erwachsenen wahlberechtigt sind; [...] Es kann auch vernünftigerweise argumentiert werden, daß den Idealen der Demokratie besser gedient wäre, wenn etwa alle Staatsangestellten oder alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären.«²⁵ In dieselbe Kerbe schlägt auch Roland Vaubel, ein neoliberaler Ökonom, der durch Einschränkungen des passiven Wahlrechts die Leistungseliten schützen möchte.²⁶

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden die Ansichten Hayeks 2006 durch einen Beitrag in der Tageszeitung *Die Welt*. Dieser ist zwar formal als eine »Polemik« deklariert, aber sowohl der Titel »Entzieht den Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht!« als auch die Aussagen lassen keinen Zweifel, dass es der Autor – André F. Lichtschlag – ernst meint mit seiner Forderung. Der libertäre Publizist möchte in Zukunft nur noch »die Nettosteuerzahler, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft« wählen lassen.²⁷ Alle übrigen, unter anderem Rentner, Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollten nicht mehr wählen dürfen. Ob dem Autor der ökonomische Widerspruch einer Gleichsetzung von Nettosteuerzahlern mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft bewusst war, sei einmal dahingestellt, aber dennoch kurz problematisiert: Heutzutage gibt es gerade in der Privatwirtschaft Millionen von Selbständigen und

Arbeitnehmern mit einem so niedrigen Einkommen, dass sie keine Einkommensteuern zahlen, aber staatliche Transfers wie Kinder- oder Wohngeld erhalten. Damit sind sie keine Nettosteuerzahler, aber dennoch in der privaten Wirtschaft. Sollen diese nun wählen dürfen oder nicht? Und was ist mit den privaten Arbeitgebern, die so viel an staatlichen Subventionen erhalten und so stark von großzügigen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten profitieren, dass sie zu Nettoempfängern staatlicher Zahlungen werden? Wahlrecht ja oder nein? Der Vorschlag »Wahlrecht für Nettosteuerzahler« ist aber auch deshalb unausgegoren, weil die Finanzwissenschaft gezeigt hat, dass derjenige, der eine Steuer bezahlt, diese in der Regel nicht in voller Höhe trägt. Er überwälzt nämlich einen Teil der Steuerlast zum Beispiel in Form höherer Preise für Endprodukte auf die Konsumenten oder in Form niedriger Löhne auf die Arbeitnehmer.²⁸ An den rein technischen Vorgang der Zahlung anzuknüpfen, ist also keineswegs zielführend, wenn man die tatsächlichen Träger der Steuerlast mit dem Wahlrecht belohnen möchte. Auch übersieht Lichtschlag die einfache Tatsache, dass die staatliche Altersrente eine Versicherungsleistung ist, auf die Rentner einen Rechtsanspruch haben, weil sie während ihres Erwerbslebens regelmäßig Versicherungsbeiträge bezahlt haben. Ähnliches gilt für die Arbeitslosenversicherung. Aber solche Feinheiten werden geflissentlich ignoriert, weil radikale Liberale wie Lichtschlag dem Recht auf uneingeschränkten Genuss eigenen Vermögens und der ungehinderten Verfügung darüber höchste Priorität einräumen.²⁹ Und diese Forderungen lassen sich einfacher durchsetzen, wenn die weniger wohlhabenden Schichten von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen werden.

Die meisten Protagonisten des Kapitalismus sind momentan allerdings nicht gewillt, den Weg der Entmachtung über Einschränkungen des Wahlrechts zu beschreiten. Sie wissen genau, dass ein solches Ansinnen auf absehbare Zeit in den meisten Ländern noch auf den heftigsten Widerstand der Bürger treffen würde. Und sie haben es im Moment gar nicht nötig, auf dieses Mittel zu setzen. Denn die übrigen Schutzschranken gegen Enteignung und Machtverlust sind nach wie vor höchst wirksam.

INDIREKTE MACHTAUSÜBUNG

Prinzipiell kann das Volk auf zwei Arten herrschen, direkt oder indirekt. In einer *direkten* Demokratie trifft das Volk alle Entscheidungen ohne Umweg über Mittelsmänner oder Beauftragte. Hier ist das Volk Regierung und Parlament zugleich. Es lässt sich nicht durch Politiker vertreten, weshalb es auch keine Parlamentswahlen, sondern nur Abstimmungen über Sachfragen gibt.³⁰ In einer *indirekten* Demokratie bestimmt das Volk Repräsentanten, die dann in einem zweiten Schritt die Entscheidungen für das Volk treffen. Daher wird diese Herrschaftsform auch als repräsentative Demokratie bezeichnet. Mischformen sind möglich, wenngleich die westlichen Demokratien überwiegend durch repräsentative Elemente gekennzeichnet sind. Typische Instrumente direkter Demokratien wie Volksabstimmungen kommen auf nationaler Ebene regelmäßig vor allem in der Schweiz zum Einsatz sowie in einigen Gliedstaaten der USA oder in vielen Bundesländern.³¹

In einer repräsentativen Demokratie überträgt das Volk – zumindest zeitweise – seine Macht an Volksvertreter. Wie stark das Volk diese bis zur nächsten Wahl noch direkt beeinflussen kann, hängt im Wesentlichen davon ab, ob die Repräsentanten bei ihren Entscheidungen frei oder an Weisungen des Volkes gebunden sind. Ein *imperatives* Mandat, bei dem die Volksvertreter weisungsgebunden nur den Willen des Volkes vollziehen dürften, würde zwar eine enge Kopplung an den Volkswillen bewirken, aber damit hätte man im Prinzip wieder eine direkte Demokratie, nur dass der formale Akt der Abstimmung von den Volksvertretern vollzogen würde.

Dass sich fast überall die repräsentative Demokratie (ohne imperatives Mandat) durchsetzte, hat zum einen pragmatische Gründe. So waren die Transport- und Kommunikationsmittel zur Entstehungszeit vieler heutiger Demokratien noch nicht so weit entwickelt, als dass das Volk in großen Flächenstaaten über eine Vielzahl möglicher Optionen hätte diskutieren und über sie direkt abstimmen können. Selbst Jean-Jacques Rousseau, der Mitte des 18. Jahrhunderts seine einflussreiche Lehre der Volkssouveränität aufstellte, hielt es für unvorstellbar, »dass das Volk unaufhörlich versammelt bleibt, um öffentliche Angelegenheiten zu besorgen...«. ³² Aber auch die Sorge vor dem Wankelmut, der Irrationalität und der kurzfristigen Beeinflussbarkeit des Volkes durch Populisten war ein wichtiges Argument für eine repräsentative Demokratie. Und schließlich hielten die intellektuellen Anführer der

Demokratiebewegung die Masse des Volkes, die Ende des 18. Jahrhunderts in der Mehrzahl kaum lesen und schreiben konnte, einfach für zu wenig gebildet, um über sich selbst und andere mitbestimmen zu können. John Stuart Mill plädierte Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt deswegen für eine repräsentative Demokratie, in der die wenigen Gebildeten über die Masse der in Staatsdingen Unerfahrenen regieren sollten.³³ Aber auch das Eigeninteresse des aufstrebenden Bürgertums spielt eine zentrale Rolle. Schließlich ging es ihm auch darum, die Aristokraten und Monarchen von der Macht zu vertreiben und selbst die Zügel in die Hand zu nehmen. Diesem Ziel kam man dann am nächsten, wenn man einerseits das Wahlrecht auf die Gebildeten oder Wohlhabenden beschränkte und andererseits die Repräsentanten aus der eigenen Schicht rekrutieren ließ.

Die Entscheidung für eine repräsentative Demokratie hat erhebliche Auswirkungen auf das Machtgefüge in einer Gesellschaft. Da in einer direkten Demokratie alle wichtigen Entscheidungen unmittelbar vom Volk getroffen würden, wäre der Spielraum derer, die die Entscheidungen ausführen, eng begrenzt. Die Regierung würde eng an der Leine des Souveräns geführt.

Dies ist in einer repräsentativen Demokratie anders. Bertolt Brechts Frage »Alle Macht geht vom Volke aus – nur wo geht sie hin?« stellt sich nur in einer repräsentativen Demokratie. In dieser entsteht neben der Machtebene des Volkes eine zweite Machtebene, die häufig etwas unscharf als »die Politik« bezeichnet wird. Damit sind in erster Linie die Volksvertreter, die Regierung und die von ihnen beauftragten Beratungsgremien und Kommissionen gemeint. Tatsächlich ist die Politik für den Zeitraum zwischen den Wahlen das eigentliche Machtzentrum in einer repräsentativen Demokratie und das Volk während dieser Zeit weitgehend entmachtet. Sie entscheidet auch in weitreichenden und für das Volk wichtigen Weichenstellungen, ohne es um seine Meinung zu fragen. So weigerte sich zum Beispiel die 1987 gewählte christlich-liberale Bundesregierung im Jahre 1990, die Bevölkerung in den westdeutschen Bundesländern über die Frage des Beitritts der DDR zur BRD (Wiedervereinigung) in irgendeiner Form mitbestimmen zu lassen.

Dennoch kann es sich eine Regierung nur schwer leisten, langfristig gegen den Volkswillen zu agieren. Denn zum einen kann eine als schlecht empfundene Regierung beim nächsten Urnengang abgewählt

werden. Zum anderen riskiert sie Demonstrationen oder gar einen Aufruhr und so manche Regierung ist schon „von der Straße“ zum Rücktritt gezwungen worden. Aber weder Abwahl noch Rücktritt ändern etwas an der Tatsache, dass getroffene Entscheidungen sich häufig nur unter sehr hohen Kosten oder gar nicht mehr rückgängig machen lassen. Insofern kommt es für die Politik zwischen den Wahlterminen vor allem darauf an, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen, wenn sie unbequeme Maßnahmen durchsetzen will.

Die Rolle des Volkes ist in einer indirekten Demokratie im Wesentlichen darauf reduziert, alle paar Jahre neue Repräsentanten zu wählen. Schon Jean-Jacques Rousseau hatte die Nachteile dieses Verfahrens klar benannt und sich gegen eine Übertragung von Souveränitätsrechten auf Volksvertreter ausgesprochen. »Wie dem auch sein, von dem Augenblick an, wo ein Volk sich Vertreter gibt, ist es nicht mehr frei.«³⁴ Eine repräsentative Demokratie würde seiner Ansicht nach nur die ungerechte Welt des Feudalsystems wieder einsetzen.³⁵ Ob man unter solchen Bedingungen noch von einer gestaltenden Teilhabe der Bürger an den Belangen eines Gemeinwesens sprechen kann, ist mehr als fraglich. Für den Politologen Benjamin Barber wird in einer repräsentativen Demokratie die aktive Teilnahme und Teilhabe der Bürger ausgehebelt.³⁶

Die Diskussion um die Vor- und Nachteile der repräsentativen Demokratie ließe sich noch lange fortsetzen, schließlich zerbrechen sich nicht nur die Gelehrten seit mehr als 2000 Jahren die Köpfe darüber. Für die Reichen hat die Einführung der repräsentativen Demokratie entscheidende Vorteile. Um ihre Ziele zu verwirklichen, brauchen sie nur noch die Mehrheit der Volksvertreter von ihren Plänen zu überzeugen, nicht mehr die Mehrheit des Volkes. Lobbyarbeit in den Parlamenten tritt an die Stelle von Diskussion und Willensbildung im Volk. Je besser eine bestimmte Lobby arbeitet, desto weiter können sich die Entscheidungen im politischen Bereich vom Willen der Mehrheit des Volkes entfernen. Weil gute Lobbyarbeit viel Geld kostet, können die Reichen ihre Interessen viel stärker durchsetzen als die Vertreter aus anderen gesellschaftlichen Gruppen. So regierte Ende des 19. Jahrhunderts die Eisenbahngesellschaft *Southern Pacific Railroad* den US-Bundesstaat Kalifornien de facto, weil sie Parlamentarier und Parteien finanzierte und dafür alle wichtigen Staatsämter mit ihr gewogenen Politikern besetzen konnte.³⁷ Es ist wohl nicht übertrieben

zu behaupten, dass den Reichen und Mächtigen mit der Einführung der repräsentativen Demokratie eine wichtige Weichenstellung für die Erhaltung ihres Einflusses gelang.

BESCHRÄNKUNG DER REICHWEITE DEMOKRATISCHER ENTSCHEIDUNGEN

Selbst wenn man als Leitprinzip anerkennt, dass alle Macht beim Volke liegt, heißt das noch lange nicht, dass es machen kann, was es will. Jede Herrschaft muss wegen der Gefahr des Machtmissbrauchs wirkungsvoll begrenzt sein, auch die des Volkes. So darf es in einer aufgeklärten, zivilisierten Gesellschaft beispielsweise nicht zu einer Schreckensherrschaft mit Mord und Verfolgung kommen, selbst wenn große Teile des Volks dies so möchten. Die Befolgung des gerade erwähnten Leitprinzips legt auch nahe, dass weder das Volk noch seine Vertreter die Demokratie abschaffen oder außer Kraft setzen dürfen.

Die Problematik der Tyrannei der Mehrheit und der Schutz des Volkes vor sich selbst hat Praktiker wie Theoretiker der Demokratie gleichermaßen beschäftigt. Sie dreht sich im Kern um die Frage, wie weit die Entscheidungsbefugnis der Demokratie reichen soll. Die Lösung des Problems besteht prinzipiell in einer zweistufigen Absicherung gegen Machtmissbrauch. Auf der ersten Stufe werden unveräußerliche Rechte eines jeden Menschen und die grundlegenden Normen des Zusammenlebens einer Gesellschaft definiert.³⁸ Diese können zum einen auf normalem Weg von niemandem außer Kraft gesetzt werden. Außerdem werden sie von der öffentlichen Gewalt besonders geschützt. Der herausragende Status dieser Rechte zeigt sich darin, dass diese zumeist in einer Verfassung festgeschrieben sind. Diese ohne eine Revolution substantiell zu ändern, ist so gut wie unmöglich. Die zweite Stufe der Absicherung gegen die Tyrannei der Mehrheit ist ein ausgefeiltes System der Machtverteilung und gegenseitigen Machtkontrolle.³⁹ So ist in allen modernen Demokratien die Macht im öffentlichen Bereich auf drei Gewalten aufgeteilt. Die Macht, Gesetze zu erlassen, liegt bei der Legislative. Bei der Regierung (Exekutive) liegt das Recht der Ausführung der Gesetze. Eine unabhängige Rechtsprechung (Judikative) sorgt für die Durchsetzung der Gesetze. Die Zuständigkeiten sind so festgelegt, dass keiner Gewalt zu viel an öffentlicher Macht zukommt. Gleichzeitig kontrollieren sich die Ge-

Die Macht des Volkes ist längst zu einer Phrase in Sonntagsreden verkommen. In den westlichen Demokratien herrscht nicht mehr das Volk, sondern das Kapital.

Politiker regieren die Bürger, aber Finanzmärkte und Großkonzerne regieren die Politik. Lobbyisten steuern die Gesetzgebung zum Wohl der Großkonzerne, PR-Agenturen machen Kapitalismus-Propaganda, die Unterhaltungsindustrie stellt das Volk ruhig und das Bildungssystem erzieht ökonomisch verwertbaren Nachwuchs.

Doch stehen wir auf verlorenem Posten? Harald Trabold demonstriert, wie wir Bürgerinnen und Bürger unsere eingebüßte Macht zurückerobern können. Dafür müssen wir jedoch bereit sein, uns in neuer Freiheit gegen die Herrschaft der Konzerne und Reichen zu behaupten und den Kapitalismus in die Schranken zu weisen. Noch ist es nicht zu spät.

ISBN 978-3-8288-3330-2



€ 19,95 (D)

€ 20,60 (A)

9 783828 833302

www.tectum-verlag.de